

Steuer – wofür eigentlich?

Die Hundesteuer gehört zu den ältesten Steuerarten der Welt und wurde in vielen Ländern Europas längst abgeschafft. Nur Deutschland hält an ihr fest. Warum das so ist, wollten wir wissen und stießen auf ein unverständliches Durcheinander



DI E IDEE DER LUXUSSTEUER für den Hund stammt aus dem frühen 19. Jahrhundert: Anno 1810 befand die preußische Regierung, dass alle Bürger, die sich zum privaten Vergnügen Pferde, Katzen, Hausdiener, Klaviere oder eben Hunde halten können, auch Geld übrig haben für eine Extrasteuer. Die anderen Steuerarten wurden bald wieder abgeschafft, die Abgabepflicht für die Hundehaltung aber hat sich bis heute im Steuerrecht nahezu unverändert halten können. Die Frage nach der Aktualität dieser Erhebungsart ist also durchaus angebracht: Immerhin haben sich unsere Gesellschaft und besonders die Rolle des Hundes in ihr in den letzten zweihundert Jahren gewaltig gewandelt.

Kulturwissenschaftler etwa sehen im Hund ein „gesunkenes Luxusgut“ ähnlich

dem Auto: Was früher einer exklusiven Oberschicht vorbehalten war, möchte heute jeder haben. Hundehaltung ist also längst kein Hinweis auf Wohlstand mehr – trotzdem gilt hier das Gleichheitsprinzip: Egal ob Oma mit dürftiger Rente und Tierheimmischling oder Manager eines deutschen Großkonzerns mit edlem Rassehund an der Leine – wir alle zahlen für unsere Hundeliebe den gleichen Jahresbeitrag an Vater Staat.

WILLKÜR DER KOMMUNEN

Die Höhe der Abgabe ist allerdings nur innerhalb einer Kommune gleich. Denn die Höhe der Hundesteuer kann von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb großzügiger Grenzen frei festgelegt werden. Dadurch kommt es zu erheblichen Schwankungen im Land. So zahlt man in München 78 Euro im Jahr für

jeden Hund, in Köln gleich 156 Euro. Wer einen zweiten Hund hat, muss unter Umständen noch mehr zahlen. Die Kommune Stuttgart verlangt für den ersten Hund 108 Euro, der Zweithund kostet dann gleich das Doppelte. Noch tiefer müssen Halter so genannter gefährlicher Hunde in die Tasche greifen: Für „Anlagehunde“ zahlen sie zwischen 600 (Hamburg) und 900 Euro (Frankfurt) Steuern pro Jahr. Auf diese undurchsichtige Weise konnte der Staatsäckel allein im Jahr 2006 mit beachtlichen 236,9 Millionen Euro aufgefüllt werden.

WARUM GERADE HUNDE?

Nach welchen Kriterien die Beträge festgelegt werden, bleibt Geheimnis der Gemeinden. Und wo landet das Geld? „Steuern sind Leistungen des Bürgers an den Staat ohne Gegenleistung. Auslaufzonen für Hunde zum Beispiel muss eine Stadt im Gegenzug nicht zur Verfügung stellen“, erklärt Hunderechtsexperte Michael Schäfer (www.rechtfrisch.de). Das heißt: Auf die Verwendung ihres Geldes haben Hundehalter ebenso wenig Einfluss wie auf die Höhe des Beitrags.

Als Begründung für die Hundesteuer führen Politiker gern ordnungspolitische und hygienische Gründe an: Sie zitieren enorme Massen an Hundekot (in Berlin 50 Tonnen), die täglich entsorgt werden müssten. Wer daraus jedoch schlussfolgert, die Zahlung von Hundesteuer berechtige dazu, sich um die Hinterlassenschaften eines Hundes nicht weiter zu kümmern, irrt gewaltig: Bis zu 1000 Euro (Dresden) kann Hundehalter diese Ordnungswidrigkeit kosten. Tatsächlich soll die Hundesteuer in erster Linie wohl dazu dienen, die Anzahl der Hunde in Deutschland zu beschränken. So rechtfertigt Hessens Ministerpräsident Ro-

land Koch die Steuer mit dem Ziel, „eine allzu umfangreiche Hundehaltung und die damit verbundenen negativen Folgen der zunehmenden Verunreinigung und Gefährdung (...) einzudämmen“. An dieser Stelle drängt sich die Frage nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz auf: Wie sieht es mit anderen Haustieren aus, die dem Staat ebenfalls Kosten verursachen?

„Pferde und Katzen werden nicht besteuert – doch einleuchtende Begründungen dafür konnten bislang nicht nachgereicht werden“, so Rechtsexperte Michael Schäfer. Dabei müssen jährlich tonnenweise Katzenstreu entsorgt, Kinderspielplätze und Beete von Katzenkot gereinigt, Reitwege gepflegt werden. Doch eine Steuer auf Pferde und Katzen wäre eine mehr als unpopuläre Maßnahme, die langfristig wahrscheinlich eine Debatte über die Hundesteuer in Gang bringen würde. „Da bleibt das Finanzministerium lieber bei dem Recht auf Gewohnheit – und fordert die Abgabe weiterhin jährlich ein“, so der Jurist.

Wer in Deutschland keine Hundesteuer mehr zahlen möchte, dem bleibt zur Zeit nur, nach Eschborn zu ziehen. Seit Januar 1999 wird in dem hessischen Städtchen auf Hundesteuer verzichtet. Jedoch nicht aus Liebe zum Hund, sondern aus nüchterner Berechnung: Die Ausgaben für den Verwaltungsaufwand überstiegen die Einnahmen. Auch in anderen ländlichen Kommunen wird die Hundehaltung deutlich günstiger besteuert, so in Bienenbüttel in Niedersachsen: mit 48 Euro pro Jahr. Wer es ganz ein-

sam liebt, zahlt in manchen Gebieten nur die Hälfte. Grund: Steht das nächste Haus 300 Meter entfernt, gilt Bello oft als Wachhund.

BEFREIUNG VON DER PFLICHT

Eine totale Steuerbefreiung gibt es für viele berufstätige Hunde in Deutschland: Ob als Hilfskraft für Schäfer, Zollbeamte, Polizisten, als Blindenführ- oder Behindertenbegleithund – in vielen Gemeinden werden „Nutzhunde“ von der Abgabe freigestellt, in anderen erhält man zumindest eine Ermäßigung. Manche Kommunen gewähren außerdem einen Steuererlass bei Tierheimhunden. In Hamburg zahlt man beispielsweise im ersten Jahr mit Heimhund 48 statt 90 Euro.

Doch es geht auch anders: In Nachbarländern wie Frankreich oder Großbritannien müssen Hundefreunde keine Abgaben zahlen – obwohl hier drei- bis viermal so viele Hunde gehalten werden.

VIEL GELD WOFÜR?

Dass Politiker in deutschen Großstädten freiwillig auf den warmen Geldregen aus der Hundesteuer verzichten, ist in Zeiten leerer Staatskassen kaum vorstellbar. Durch eine sinnvolle Verwendung der Gelder, etwa zur Ausweisung von Freilaufzonen, Aufstellung von Tütenautomaten oder festen Verankerung von Hundebesuchsdiensten im Lehrplan der Schulen, ließen sich aber gerade Stadthundehalter leicht vom Sinn der Abgabe überzeugen. An Ideen mangelt es nicht. Bislang fehlen hierzulande eher weitsichtige Politiker, die diese auch umsetzen. 🐾

HUNDESTEUER IM STÄDTEVERGLEICH

Stadt	Bundesland	1. Hund	2. Hund	Gefahrenhund
Köln	Nordrhein-Westfalen	156,-	156,-	kein Zuschlag
Berlin	Berlin	120,-	180,-	kein Zuschlag
Stuttgart	Baden-Württemberg	108,-	216,-	612,-
Kiel	Schleswig-Holstein	108,-	147,-	612,-
Dresden	Sachsen	108,-	144,-	kein Zuschlag
Frankfurt/Main	Hessen	90,-	180,-	900,-
München	Bayern	76,80	76,80	613,-
Alsleben	Sachsen-Anhalt	35,-	80,-	kein Zuschlag

ILLUSTRATION: JÖRG SCHRÖDER; TEXT: KATE KITCHENHAM

PLUS

Mit Häufchenkontrolle und Hundegarten – wo Steuergelder sinnvoll fließen

In Berlin setzt sich das Projekt „Stadt & Hund“ (www.stadtundhund.de) seit fünf Jahren für ein besseres Miteinander aller Zwei- und Vierbeiner in der Bundeshauptstadt ein. Ziel: das „Häufchenproblem“ beseitigen, zwischen Anwohnern vermitteln und besser informieren.

Taler gegen Tretminen

Dabei arbeiten sich die Mitarbeiter des Projekts Stadtteil für Stadtteil systematisch vor: Am Anfang wird über einen längeren Zeitraum hinweg eine „Kotkartierung“ durchgeführt: Gezählt werden die Anzahl an Tretminen pro Gehwegabschnitt. Nach einigen Wochen hat man auf diese Weise die tatsächliche „Häufchendichte“ ermittelt. Michael Krockauer, Sprecher der Initiative, erklärt: „Das ist wichtig, weil der Verschmutzungsgrad ansonsten immer sehr subjektiv eingeschätzt wird. Ist man gerade in einen Haufen getreten, verflucht man alle Hunde dieser Stadt, waren vor einer Viertelstunde die Straßenkehrer da, sieht alles gar nicht so schlimm aus.“

Häufchen zählen für den Frieden

Sobald man sichere Zahlen hat, werden Tütenautomaten aufgestellt und Informationsveranstaltungen mit Diskussionsrunden organisiert. Im Verlauf des Projekts wird weiter ständig die Häufchendichte ermittelt, um den Erfolg der Aktion nachzuweisen. Erfahrungswert aus der Arbeit bei „Stadt & Hund“: „In den bisher bearbeiteten Bezirken konnte die Situation deutlich verbessert werden“, versichert Projektsprecher Krockauer.

Finanzspritze für Fitnessgeräte

Neuestes Projekt der Gruppe: Im Mai 2007 wurde im Berliner Stadtteil Reinickendorf Deutschlands erster Hundegarten eröffnet. Hier finden Hunde und Menschen fest montierte Agility-Geräte zum Trainieren, eine Sandkuhle zum Buddeln und viel Platz zum Toben. Stadtplanerin Ragna Körby, die den Erlebnisplatz mit geplant und umgesetzt hat: „Der Platz wird sehr gut angenommen – und das nicht nur von Hundehaltern: Auch Menschen ohne Hund bleiben stehen, Senioren oder Mütter mit Kindern setzen sich auf die Bänke und beobachten die spielenden Hunde.“

Gaben für die Gesellschaft

Ein Beispiel, das schon jetzt Schule macht: Die Stadt Hamburg hat im November 2007 nachgezogen und im Stadtteil Neullermöhe einen Spielplatz für Hunde eröffnet. Auch hier treffen Jung und Alt mit und ohne Hund aufeinander, es wird geredet und gelacht – ein schönes Bild, das deutlich macht: Werden Steuergelder sinnvoll eingesetzt, haben alle etwas davon.